

FÜR MEHR TIERSCHUTZ IN DER NUTZTIERHALTUNG

Positionspapier des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)

Verbraucherinnen und Verbraucher fordern immer lauter und drängender mehr Tierschutz. Das Thema ist ihnen beim Lebensmitteleinkauf wichtig.¹ Politik und Wirtschaft versuchen, mit verschiedensten Initiativen darauf zu reagieren.

So soll zum Beispiel die Tierwohlinitiative des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mehr Tierschutz und Tierwohl in der Landwirtschaft fördern. Einzelne Bundesländer wollen Eingriffe an Tieren wie das Kürzen von Ringelschwänzen bei Schweinen oder von Schnäbeln bei Geflügel verbieten. Auch einige Einzelhändler erkennen in solchen Verböten ein Image- und Verkaufsargument und machen sie zur Auflage für ihre Lieferanten. Tierhalter allerdings entgegenen, dass ein Verzicht auf diese Eingriffe unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich sei, da den Tieren sonst noch mehr Leid zugefügt würde. Ohne das Kürzen der Schnäbel etwa würden sich die Tiere gegenseitig verletzen, so ihr Argument.

Landwirte, Schlachtereien, Verarbeiter und Handel haben in der „Initiative Tierwohl“ ein System erarbeitet, das Maßnahmen der Landwirte für mehr Tierwohl im Stall nach einem Kriterienkatalog entlohnt. Die Verbraucher finanzieren diese Maßnahmen über ihren Einkauf. Die Initiative ist ein erster Schritt, ersetzt aber kein Tierschutzlabel und auch keine gesetzlichen Tierschutzverbesserungen. Die Umsetzung steht noch am Anfang, die Kommunikation der Initiative ist umstritten.

Darüber hinaus gibt es verschiedene Tierschutzlabel am Markt, die einen umfassenden Tierschutz gewährleisten, zum Beispiel vom Deutschen Tierschutzbund das Label „Für mehr Tierschutz – Premiumstufe“. Doch diese Produkte sind nur sehr vereinzelt im Handel zu finden und schwer von Produkten aus anderen Haltungsbedingungen zu unterscheiden.

Die vielfältigen Initiativen haben bislang allerdings nicht zu einem deutlichen Mehr an Tierschutz in der Landwirtschaft geführt. Auch ist die Nachfrage nach Fleischerzeugnissen aus tiergerechter Haltung bisher sehr gering. Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)² legt nahe, dass fehlende Informationen und fehlende Orientierung, etwa durch ein verbindliches Label, der Grund dafür sind. Für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft ist aus Sicht des vzbv ein Maßnahmenmix aus einer besseren Kennzeichnung, einer höheren Verfügbarkeit von Fleisch aus tiergerechter Haltung, mehr Verbraucherbildungsangeboten, strengeren gesetzlichen Regelungen und besseren Kontrollen notwendig.

¹ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): http://www.bmel.de/DE/Presse/Infografiken/TNS-Umfage-Dez2014/TNS-Umfrage-Dez2014_node.html

² Zühlsdorf/Spiller/Gauly/Kühl (2016): „Wie wichtig ist Verbrauchern das Thema Tierschutz? Präferenzen, Verantwortlichkeiten, Handlungskompetenzen und Politikoptionen.“

Verbraucherpolitische Forderungen

1. Eine bessere Tierschutzkennzeichnung ist nötig.

Die Politik muss sicherstellen, dass ein Qualitätsmarkt entstehen kann, und ein verbindliches Tierschutzlabel auf den Weg bringen. Dieses Leitlabel ist die Voraussetzung dafür, dass Glaubwürdigkeit und Erkennbarkeit von Produkten aus tiergerechter Haltung steigen. Derzeit verbinden die meisten Verbraucher Tierschutzprodukte nur mit Bio. Bei Bio-Produkten aber liegt der Mehrpreis gegenüber den konventionellen Erzeugnissen bei mehr als 100 Prozent. Dies übersteigt häufig den finanziellen Spielraum oder die Zahlungsbereitschaft der Verbraucher.

Darüber hinaus muss sich der Bund auf europäischer Ebene für eine Tierhaltungskennzeichnung einsetzen. Mit der europäischen Eierkennzeichnungsregelung für die Haltungsverfahren von Legehennen (0 = Bio, 1 = Freilandhaltung, 2 = Bodenhaltung, 3 = Käfighaltung beziehungsweise Kleingruppenhaltung) wurden positive Erfahrungen gemacht. Sie muss – unter Berücksichtigung der höheren Komplexität – auf den Fleischsektor übertragen werden. Dies kann auch in diesem Bereich die Nachfrage nach Produkten aus konventioneller tiergerechter Haltung fördern.

2. In der Nutztierhaltung müssen strengere verbindliche Regelungen gelten.

Bund und Länder müssen sicherstellen, dass die im Tierschutzgesetz enthaltenen Anforderungen an die Tierhaltung eingehalten und verbessert werden. Die Tiere benötigen ausreichend Platz und Beschäftigungsmaterial, damit Eingriffe wie das Kürzen von Schwänzen oder Schnäbeln unterbleiben können.

Bund und Länder sollten die tierschutzrelevanten Anforderungen an die Sachkunde der Tierhalter erhöhen und Aus- und Weiterbildungsangebote verbessern. Die Überwachungsbehörden müssen sicherstellen, dass diese Angebote auch genutzt werden.

Die Regelungen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung müssen verbessert werden. Für noch nicht berücksichtigte Nutztierarten wie Puten oder Enten müssen Regelungen erarbeitet werden.

3. Die Nutztierhaltung muss besser kontrolliert und Verstöße müssen besser geahndet werden.

Tiergerechte Haltung hat einen Wert. Höhere Erzeugerpreise sind unerlässlich, da für mehr Tierschutz ein deutlich höherer Aufwand notwendig ist. Zudem können nicht allein die Landwirte die finanzielle Last höherer Tierschutzaufgaben tragen.

Ob Verbraucher höhere Preise akzeptieren, hängt auch davon ab, ob diese erkennbar mit mehr Tierschutz einhergehen. Verstöße gegen Tierschutzanforderungen müssen eingedämmt werden und deutliche Konsequenzen haben. Die Überwachung in den Betrieben durch die zuständigen Behörden, aber auch durch Qualitätssicherungssysteme wie das QS-System für Lebensmittel, muss verbessert werden.

4. Eine Nationale Nutztierstrategie muss Initiativen von Staat und Wirtschaft bündeln.

Damit die vielfältigen Initiativen des Bundes, der Länder, des Handels und der Fleischwirtschaft nicht ungesteuert nebeneinander her laufen, ist eine Nationale Nutztierstra-

ategie unter der Federführung des BMEL nötig. Diese soll erreichen, dass sich die Gesellschaft gemeinsam auf den Weg macht, die Tierschutzbedingungen deutlich zu verbessern, ohne Landwirte und Verbraucher finanziell zu überfordern

5. Die Förderpolitik muss verbessert werden.

Die EU-Agrarsubventionen sowie die Förderpolitik auf Landes- und Bundesebene müssen stärker auf das Ziel des Tierschutzes ausgerichtet werden. In Zukunft sollten nur noch Ställe gebaut werden dürfen, die eine tiergerechte Haltung ermöglichen. Gefördert werden sollten nur Ställe, die hervorragende Tierschutzleistungen bieten. Dazu zählt unter anderem, dass die Tiere ausreichend Platz und Zugang zu verschiedenen Klimazonen, also Bereichen mit unterschiedlichen Temperaturen und vorzugsweise auch zum Außenbereich, haben.

6. Der Handel muss zukünftig mehr auf Qualität setzen.

Ein relativ großes Segment von rund einem Drittel der Kunden ist laut Umfrage stark qualitäts- und tierschutzorientiert. Diese Kunden achten wenig auf Sonderangebote und wechseln das Geschäft nicht aufgrund von Aktionspreisen anderer Händler. Die Sonderangebotsorientierung des Handels bedient nur einen Teil der Verbraucher, der qualitätsorientierte Teil wird vom Handel zu wenig angesprochen.

7. Statt Werbebotschaften sind klare und ehrliche Informationen und Bildungsangebote nötig.

Bund, Länder, Fleischwirtschaft und Handel müssen eine ehrliche Kommunikation zu den Tierschutzinitiativen und -leistungen führen und es Verbrauchern ermöglichen, die verschiedenen Ansätze in ihrer Wirkung für den Tierschutz einordnen zu können.

Die Anforderungen der „Initiative Tierwohl“ rechtfertigen bisher keine Werbung mit Tierschutzleistungen, da die Standards noch zu gering sind. Die Initiative muss klarer informieren, was sie tatsächlich leistet – und was nicht. Sie kann Verbrauchern keine Orientierung beim Einkauf geben, da nicht erkennbar ist, ob ein Produkt tatsächlich von einem Tier aus besserer Haltung stammt. Laut Umfrage wollen aber 84 Prozent der Befragten genau das am Produkt nachvollziehen können.

Das BMEL sollte seine Aktivitäten zur Aufklärung der Verbraucher im Bereich Tierschutz ausbauen. Auch die Verbraucherzentralen können einen Beitrag zu mehr Aufklärung leisten.

Die Bundesregierung sollte nicht nur mehr Verbraucherbildungsangebote in den Schulen fordern, sondern die Länder etwa durch Investitionsmaßnahmen finanziell unterstützen. Es bedarf in allen Schulformen mehr qualitätsgesicherter, prüfungsrelevanter Verbraucherbildung – zum Beispiel über die Herkunft, Qualität, Zubereitung und Wertschätzung unserer Lebensmittel.

Kontakt

Verbraucherzentrale Bundesverband
Team Lebensmittel
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin
lebensmittel@vzbv.de